

Das Samburger Echo
ersch. täglich zweimal,
Sonntags u. nach Feiertagen
nur einmal. Preis
monatlich 2,00, vierteljährlich
5,00, halbjährlich 10,00, jährlich
18,00. Bestellungen an den
Verleger, Samburg.
Redaktion:
Helmstraße 11, 1. Stock.
Gemeinnütziger Arbeiterverein
Helmstraße 11, Samburg.
Verleger:
Helmstraße 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur:
Helmstraße 11, 1. Stock.
Druckerei:
Helmstraße 11, 1. Stock.

Samburger Echo

Verleger: H. A. Ziegenhagen
Helmstraße 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur:
Helmstraße 11, 1. Stock.
Druckerei:
Helmstraße 11, 1. Stock.

Nr. 213.

Sonnabend, den 11. Mai 1919. — Abend-Ausgabe.

33. Jahrgang.

An die Sozialisten aller Länder!

Der Versailler Entwurf eines Friedensvertrages hat die schlimmsten Erwartungen der Friedensfreunde aller Welt übertroffen. Der Gewaltfrieden, der uns nach dem Diktat der Versailler aufgezwungen werden soll, ist die beste Rechtfertigung der Haltung der deutschen Sozialdemokratie zur Landesverteidigung. Wir wußten immer, was dem deutschen Volke drohen würde, wenn die Imperialisten der Entente ihm den Frieden diktieren würden. Deshalb wollten wir mit allen Mitteln verhindern, daß dieser Zustand eintrat. **Sozialisten aller Länder, versteht Ihr jetzt unsere Haltung?**

Die Imperialisten der andern Länder sind nicht besser als die unsern. Der Siegfriede, der uns heute aufgezwungen werden soll, trifft die deutsche Republik mitten ins Herz. Er soll nach der Absicht der kapitalistischen Regierungen Frankreichs, Englands und Amerikas das Aufblühen eines sozialistischen Deutschlands unmöglich machen und damit zugleich den internationalen Sozialismus treffen.

Wir deutschen Sozialdemokraten sind während des ganzen Krieges für einen Frieden der Versöhnung und Verständigung der Völker eingetreten, der so beschaffen sein sollte, daß er nicht den Keim zu neuen Kriegen in sich trug. Von den Staatsmännern der Entente wurde während des Krieges so oft in alle Welt posaunt, daß sie nur für Recht und Gerechtigkeit streiten, daß sie gegen den Kaiser und die Junker kämpften, nicht aber gegen das deutsche Volk.

Der Versailler Friede aber richtet sich gegen das deutsche Volk!

Wenn all die vorgeschlagenen wirtschaftlichen Knebelungen und finanziellen Vergewaltigungen ausgeführt werden sollten, würden die deutschen Arbeiter auf ewig verflaut werden und den Nutzen davon hätten lediglich die Kapitalisten der andern Länder.

Das deutsche Volk ist bereit, den Schaden zu ersetzen, der auf Geheiß seiner durch die November-Revolution gestützten Machthaber völkerrechtswidrig angerichtet wurde. Es will für den Wiederaufbau Belgiens und Nordfrankreichs aufkommen. Aber dazu bedarf es geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse. Der vorgeschlagene Friede jedoch bedeutet das Todesurteil einer geordneten Volkswirtschaft. Seine Bestimmungen sind unerfüllbar, und deshalb wird der Versuch, sie im einzelnen durchzuführen, zu ewigen Reibereien führen. Dadurch wird die Quelle des Hasses in Fluß bleiben, und das im vierjährigen Kampf gemarterte Europa wird nie mehr zur Ruhe kommen.

Der Versailler Friedensvorschlag ist in jedem einzelnen Kapitel der reine Lohn auf die 14 Punkte Wilsons. Für das deutsche Volk soll es kein Selbstbestimmungsrecht geben. Kein deutsche Gebiete, wie Danzig, der Neze-Distrikt und andere sollen vom Boden der deutschen Republik weggerissen und ihre Bevölkerung soll, ohne im geringsten befragt zu werden, unter das Joch der Fremdherrschaft gezwungen werden. Ebenso unerträglich ist die verschleierte Annexion des Saargebietes. Wahrlich, Bismarck war ein elender Stümper gegen die Gewaltmenschen, welche heute die Zerstückerung Deutsch-

lands betreiben, und die uns noch dazu raten, zu einem Völkerverbunde Vertrauen zu haben, den sie allein gründeten und den sie weiterhin zur dauernden Niederhaltung des deutschen Volkes beherrschen wollen.

Solche aller Gerechtigkeit Hohn sprechenden Friedensbedingungen können keinen dauernden Frieden bringen.

Sie züchten den Haß.

Sie würden den Reaktionären die nationalistischen Aktionen erleichtern und dem Sozialismus die Aufklärung der Massen erschweren. Sie würden zu einer ewigen Gefährdung des Friedens werden.

Den Weltfrieden zu erhalten muß nach Abschluß jener greulichen mehr als vierjährigen Menschenjocherei aber die vornehmste Aufgabe der Arbeiter aller Länder sein. Das haben die Sozialisten der kriegsführenden Länder erkannt. In Bern haben sich die Sozialisten der neutralen Länder mit den Sozialisten der Entente-Länder und mit denen des Zentral-Europa auf ein geeignetes Friedensprogramm geeinigt. Sie haben gegen jede Verfälschung der Wilsonschen Grundsätze protestiert und für die Streitfragen, wie zum Beispiel die des Saargebietes und Danzigs Lösungen gesucht, die nicht den Keim zu neuen Kriegen enthalten würden.

Die Sozialisten aller Länder haben feierlich anerkannt, daß deutsche Volksteile das Recht haben müssen, bei Deutschland zu bleiben, und daß die Deutschen Oesterreichs das Recht haben, sich mit ihren deutschen Brüdern zu vereinigen. Die Entente-Regierungen pfeifen auf solche Versuche, einen wirklichen Dauerfrieden zu sichern und ziehen es vor, sich auf die Gewalt zu verlassen.

Wird die sozialistische Internationale ihre Stimme gegen einen Gewaltfrieden so laut erheben, daß in den siegreichen Ländern die Machthaber von heute auf sie hören müssen?

Wir erwarten es!

Aber es ist die höchste Zeit! Das deutsche Volk soll zugrunde gerichtet werden. Aber es handelt sich schließlich um mehr, um das Schicksal Europas! Nach Abschluß dieser entsetzlichen Welttragödie werden in allen Ländern die Massen ungeheure Leiden auszustehen haben. Wird da ein Volk gänzlich zugrunde gerichtet, so trifft das auch alle andern Völker schwer.

Deshalb, Proletarier aller Länder, vereinigt eure Kraft, um einen Gewaltfrieden zu verhindern, der Europa nicht zur Ruhe kommen lassen würde und die sozialistische Bewegung in allen Ländern auf das schwerste schädigen würde.

Berlin, 9. Mai 1919.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Das Erwachen der Völker gegen die Infamie.

Frankreichische Proteste.

Der „Populaire“ fest seinen Gehässigen gegen den Friedensvertrag mit verstärkter Energie fort. Er erklärt, das internationale Proletariat müsse sich zusammenschließen, um den Kampf gegen diesen Frieden zu führen und den einzig möglichen Frieden zu schließen, den Frieden der Völker. Deutschland werde niemals diesen Berg von Milliarden bezahlen können. Es lohne sich gar nicht, darüber zu sprechen. Nachdem man Deutschland ausgeplündert, ihm seine Kolonien und unbefugte Provinzen und seine Flotte genommen habe, könne man nicht erwarten, daß die Alliierten noch die Verpflichtung einer klugen Kontrolle. Kurz, dieser infame Friede ist nicht als ein feines Papier, den die Völker niemals gut heißen werden.

In Paris beschließen man stürmische Arbeiterdemonstrationen für den morgigen Sonntag.

Die italienische Presse

berurteilt einmütig die Deutschland zugewandten Bedingungen und ihr Unmut wird durch die offensichtliche Rücksichtslosigkeit der Alliierten gegen Italiens Rechte noch gesteigert. Besonders bitter empfindet „Secolo“ den Deutsch-Oesterreich betreffenden Artikel, der die unbegreifliche Zustimmung zu gewissen französischen Forderungen bedeute und sowohl Oesterreichs Rechte als Italiens Interessen offen ignoriere.

Der Protest der englischen Arbeiterpartei.

Aus Amsterdam wird gemeldet: Die Rundgebung des nationalen Vorstandes der englischen Arbeiterpartei hat folgenden Wortlaut:

Der nationale Vorstand der Arbeiterpartei ist der Meinung, daß der veröffentlichte Komplex der Friedensbedingungen in verschiedenen wichtigen Punkten im Widerspruch mit den Erklärungen von Wilsons, der Alliierten-Konferenz und der Wiener Tagung stehen. Er ist vom Gesichtspunkte des Weltfriedens aus gesehen, außerordentlich mangelhaft und trägt den Stempel eines Kompromisses auf der Seite, das unter dem Einfluß des Kapitalismus und Imperialismus dadurch zustande gekommen ist, daß die organisierten Arbeiter nicht bei der Festlegung der Friedensbedingungen vertreten waren. Der allgemeine Geist der Friedensbedingungen steht in feinerster Übereinstimmung mit der Auffassung, die der Arbeiterstand von Frieden, Gerechtigkeit und Recht hat. Wir können nicht die Verantwortung für die Verletzung der Grundsätze auf uns nehmen, die bei der Regelung begangen wurden und setzen daher unsere Hoffnung auf das Volk und die Kräfte der organisierten Demokratie, um den Gedanken einer friedlichen Gemeinschaft aller Nationen zu schützen und zu entwickeln. Nur unter dem Einfluß des Arbeiterstandes, der in der internationalen organisierten ist, können die Gebrechen des heutigen Vertrages vollkommen ausgerottet und seine Bestimmungen durch den Völkerverbund mit der Förderung einer wechselseitigen Ausfuhr in Europa

in Übereinstimmung gebracht werden. Da der Krieg teilweise die Folge verweilter kolonialer Wünsche gewesen ist und der Vertrag keine Bestimmung für die gleiche Behandlung des Handels aller Nationen enthält, die den Frieden schließen, muß als eine dauernde Fernhaltung Deutschlands von der Mitgliedschaft des Völkerverbundes eine Ursache neuer Störungen und Unruhen werden, die zu abermaligen internationalen Schwierigkeiten führen und im Zusammenhang damit eine Erhöhung der Lasten in maritimem, militärischer und administrativer Hinsicht für die alliierten Völker mit sich bringt. Daß Deutschland für die Wiederherstellung der zerstörten Gebäude Sorge tragen und Entschädigung aufkommen muß, für Fortschritte, die es im Luft-, Land- und Seehrieg dem Eigentum der Bürger zugefügt hat, kann nicht in Zweifel gezogen werden.

Stenographische Aufzeichnung in England.

Amsterdam, 10. Mai. Wie der Telegraph aus London meldet, schreibt die „Weltminister Gazette“: Die verhältnismäßig kleine Aenderung in der Karte Deutschlands sei in Wirklichkeit gewaltig. Die ganze wirtschaftliche Struktur werde dadurch verändert. Die Alliierten müssen bedenken, daß sie die Schädigung nicht von dem alten Deutschland erhalten, sondern von dem Deutschland, das seiner wichtigsten Hilfsquellen beraubt ist. Die Alliierten müßten jetzt zeigen, daß unter dem Völkerverbund der Grundgedanke des freien Zuganges zu den mineralischen Hilfsquellen in jedem Gebiet Europas auf alle Völker angewandt werden wird. Deutschland wird geltend machen, daß es in seiner veränderten Lage keine Schädigung erdulden kann. Aber wenn der Vertrag loyal ausgeführt wird, ist das nicht der Fall.

Deutsche Noten an die Friedenskonferenz.

Einpruch gegen die Bedingungen. — Völkerverbundsentwurf.

WTW, Versailles, 10. Mai 1919. Der 1. Delegierte der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister des Auswärtigen Graf Brodorski-Ranau, hat heute abend folgende Noten an den Präsidenten der Friedenskonferenz gerichtet: Versailles, 9. Mai 1919.

Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation hat die erste Durchsicht der österreichischen Friedensbedingungen vollendet. Sie hat erkennen müssen, daß die entscheidenden Punkte die vereinbarte Basis des Weltfriedens verlassen. Sie war nicht darauf vorbereitet, daß die ausdrücklich dem deutschen Volke und der ganzen Menschheit gegebene Aufgabe auf diese Weise illusorisch gemacht wird.

Der Vertragsentwurf enthält Forderungen, die für kein Volk erträglich sind. Vieles ist außerdem nach Ansicht unserer Sachverständigen unerfüllbar. Die deutsche Friedensdelegation wird den Nachweis im einzelnen erbringen und den alliierten und assoziierten Regierungen ihre Bemerkungen und ihr Material vorzulegen suchen lassen.

Gemeinhin Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner vorläufigen Hochachtung. ges.: Brodorski-Ranau.

Verailles, 9. Mai 1919.

Herr Präsident!

Die deutsche Delegation beehrt sich, zu der Frage des Völkerverbundes Stellung zu nehmen, indem sie dabei ein deutsches Programm überreicht, das ihrer Meinung nach zum Problem des Völkerverbundes wesentliche Anregungen enthält. Die deutsche

Friedensdelegation behält sich vor, sich noch eingehend zum Entwurf der alliierten und assoziierten Regierungen zu äußern. Sie macht jedoch schon heute auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß Deutschland zwar das Statut des Völkerverbundes als einen Bestandteil des uns überreicheren Vertragsentwurfes unterzeichnen soll, aber nicht sich unter den Staaten befindet, die zum Eintritt in den Völkerverbund eingeladen sind. Die deutsche Delegation stellt die Anfrage, ob für uns, gegebenenfalls unter welchen Umständen, eine solche Einladung beabsichtigt ist.

Gemeinhin Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgeprägten Hochachtung. ges.: Brodorski-Ranau.

Notiz: Das in der 2. Note erwähnte Programm ist der feinerzigt in der deutschen Presse veröffentlichte Entwurf eines Völkerverbundes.

Der Gegenentwurf für die Friedensbedingungen.
den die Reichsregierung ausarbeitet, stützt sich auf die Wilsonschen 14 Punkte und auf die Erklärung des Staatssekretärs Lansing vom 8. November. An den Verhandlungen, die jetzt täglich in der Reichsloge stattfinden, nehmen als Vertreter der preussischen Regierung die Minister Dietrich, Heine und Fischel teil.

Politische Nachrichten.

Immer noch Versailler Details.

Aus dem Haag wird berichtet, daß Graf Brodorski-Ranau von Berlin aus das Einverständnis eingeholt habe, um mit der österreichischen Delegation in einen Gedankenanstausch zu treten. Das Eigenbleiben Graf Brodorskis während seiner Rede hänge mit der Tatsache zusammen, daß auch Clemenceau sitzen blieb, während er die deutsche Delegation begrüßte. Die Deutschen wurden nicht durch den Christen Dents, sondern durch einen Diener hineingeführt.

Die Dänen lehnen zu viel Segen ab.

Der „Temp“ veröffentlicht eine Aeußerung des dänischen Gesandten in Paris, der seine Bedenken über ein Ultimatum der Entente gegen die Dänen an die Dänische Regierung überbringt. Er erklärt, daß die Alliierten das Gebiet der Volksabstimmung erheblich weiter nach Süden gelegt haben als die dänische Regierung vorgeschlagen hatte. Die Dänen haben keine Gebietsabgabe der dritten Zone zwischen Schleswig-Danmark gefordert.

Nationalversammlung in Amherst.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns: Die nächste Vollversammlung der Deutschen verfassungsgebenden Nationalversammlung findet am Montag, 12. Mai, 8 Uhr, in der Aula der Universität auf dem Kaiser Franz Joseph-Platz unter den Linden statt. Die Verlegung der Nationalversammlung in ein höchst ungeeignetes, mit den notwendigen Telephon- und sonstigen Bequemlichkeiten nicht ausgerüstetes Gebäude ist eine unglückliche Tatsache. Man hätte sehr gut im Abgeordnetenhause abwechselnd mit der preussischen Landesversammlung tagen können. — Ohne Zweifel ist dieses Vagabundenleben sehr fatal. Öffentlich kommt es nicht noch schlimmer. Nationalversammlungen haben schon allerlei „wunderliche“ Schicksale gehabt.

Russisch-ukrainisches Ultimatum an Rumänien.

Nach französischen Wittermeldungen haben die russische und die ukrainische Sowjetregierung an die rumänische Regierung ein Ultimatum gerichtet. Es wird darin ausgeführt, daß rumä-

nische Truppen von allen Seiten gegen die ungarische Rote Armee vorbringen, nachdem sie zuvor vergebens versucht haben, gegen die ukrainische Rote Armee vorzustoßen. Die Sowjetregierungen in Moskau und der Ukraine wollen nicht warten, bis den Gewalttätigkeiten und Provokationen der rumänischen Regierung ein Ende gemacht wird. Die beiden Sowjetregierungen verlangen unmittelbare Räumung Bessarabiens, Abtreibung aller überheblicher Verbände gegen die besarabische Bevölkerung und gegen das rumänische Proletariat vor einem Volkstribunal, Herausgabe alles russischen Heeresgutes, Wiederherstellung an die Bewohner Bessarabiens alles dessen, was ihnen gestohlen oder konfisziert wurde. Binnen 48 Stunden wird klare und unabweisende Antwort gefordert und im Abwechslungsfalle volle Aktionsfreiheit hinsichtlich Rumäniens vorbehalten. Das Ultimatum ist unterzeichnet: Tschitscherin, Nakomski.

Streitultimatum der Polizeibeamten von Rendsburg.

Die Polizeibeamten von Rendsburg haben den städtischen Kollegien ein befristetes Ultimatum gestellt, worin sie die Einweisung in eine höhere Gehaltsklasse und Erhöhung des Ruhegeldes mit der Drohung fordern, daß bei einer nicht reiflichen Bewilligung die Polizeibeamten den Gehalt der Personen und des Eigentums nicht mehr in der bisherigen Weise sich angelegen sein lassen können. Die städtischen Kollegien haben den Antrag einstimmig abgelehnt, weil das Gehalt der Polizisten kein feiner andern Erbt nachschleude und man die Initiative des Staates abwarten sollte.

Das Reichsverwertungsamt verteidigt sich.

Wolfs Telegraphenbureau verbreitet folgende haßdamliche Mitteilung:

In der letzten Zeit sind in der Tagespresse wiederholt Angriffe gegen die Verkaufspolitik des Reichsverwertungsamtes gerichtet worden, die von irigen Voraussetzungen ausgehen. Insbesondere wird die Höhe der Verkaufspreise beanstandet und dabei die Forderung erhoben, daß das Amt, heute die Abteilung III des Reichsschatzministeriums, bei den Verkäufen aus Heeresbeständen den Einkaufspreis zugrunde legen soll. Hierzu sei bemerkt: Der Verkauf einiger der besonders genannten Artikel, wie z. B. von Arzneimiteln, ist vom Kriegsministerium überhaupt noch nicht freigegeben worden. Bei andern Artikeln, wie z. B. Wein und Spiritosen, sind die Verhandlungen über deren Verwertung und in Sonderheit auch über deren Preis zurzeit noch nicht zum endgültigen Abschluß gekommen. Was speziell Wein anlangt, so ist im Gegensatz zum Reichsverwertungsamt bei seiner ersten Fällungnahme mit dem Interesse der Veräußerer gemacht worden, daß es keine feste Preisnormierung geben sollte, sondern daß der Preis dem Markt überlassen werden sollte. Die Preise wurden hier so normiert, daß die Haupteinnahmen aus den Verkäufen nicht dem Schleichhandel, sondern vornehmlich dem Meide zutiefen.

Am übrigen wird das Reichsverwertungsamt in gar nicht seltenen Fällen nach unter die Einkaufspreise heruntergekauft müssen; denn die Preise, die die Militärverwaltung in den letzten Monaten des Krieges anzulegen hatte, waren zum Teil wesentlich höher als in der Vorzeit und als dies allgemein bekannt ist.

Keine politische Mitteilungen.

WTW, Kiel. Somit die Küstenfährt in der Nord- und Ostsee wieder freigegeben ist, wird der öffentliche Funt-